



DER BURGHAUSER

VON BURGHAUSERN FÜR BURGHAUSER

Das erste Haus auf „Steindl-Grund“!

Das erste Haus auf Steindl-Grund? Tatsächlich! Fünf Jahre hat es gedauert bis der erste Bauherr auf einem Grundstück, das unter Bürgermeister Steindl von städtischer Seite erworben und weitergegeben wurde, bauen konnte. Und wo? Sinnigerweise „Am Steindlgut“, so die Bezeichnung der neuen Straße. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Die Straßenbenennung hat ausschließlich historische Gründe.

Steindl und seine SPD sprechen gerne davon, daß die städtische Grundstücks politik für die Entspannung am Grundstücksmarkt verantwortlich sei. Nach SPD-Fraktions sprecher Stadler ist es ein Verdienst der SPD-Politik, daß die

„traurige Situation“ von 1990, in der in Burghausen keine Grundstücke erschwinglich gewesen seien, überstanden sei.

Städtische Grundstücks politik für Entspannung verantwortlich?

Dazu unsere Frage: Wo und wann sind nach 1990 dem „Häuslbauer“ von Steindl erworbene Grundstücke angeboten worden? Die ersten, nämlich die „Ballerstaller-Grundstücke“, erst Ende 1994 – und das waren ganze neun Stück!

Natürlich, allein die Tatsache, daß von der Kommune große Bauflächen erworben wurden, könnten auf dem Grundstücksmarkt

preis dämpfend gewirkt haben.

Aber: Von den großen Grundstückskäufen unter Steindl – wie Scheuerhoffeld oder Lazarus-Grundstücke – hat der bauwillige Bürger bis heute noch nicht profitiert. Diese Flächen waren bis jetzt am Markt nicht angebotswirksam, konnten also nicht wesentlich zur Entspannung beitragen.

Was unter Steindl in fünf (!) Jahren nicht möglich war, hätte unter Harrer in zwei Jahren geschehen sollen.

Die meisten bisher gebauten Wohnungen bereits unter Harrer geplant!

Und damit sind wir bei einer weiteren These, von der jetzigen „Stadtspitze“ gerne verbreitet: Unter Harrer war eine Wohnungspolitik nicht existent! Lassen wir Zahlen und Fakten sprechen: Unter Harrer wurden 1988 52.000 qm, 1989 75.000 qm Grund erworben. Ein Teil davon, z.B. an der Piracher/Bachstraße, wurde zu günstigen Konditionen an Burghauser Bürger weitergegeben.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes (vgl. Tabelle 2) entstanden von 1990 bis einschließlich 1993 in Burghausen 509 neu fertiggestellte Wohnungen. Tabelle 1 zeigt die geplanten Wohnungen – zum Teil bereits genehmigt, einige bereits im Bau! – am Ende der Amtszeit Harrers. Was sieht der erstaunte Leser?

465 Wohneinheiten waren bereits unter Harrer geplant. Wird berücksichtigt, daß bei einigen Bauvorhaben, z.B. Wöhlerstraße oder Bachstraße, mehr Wohneinheiten erstellt wurden als ursprünglich geplant, so kann bezüglich der Wohnungspolitik mit Fug und Recht behauptet werden: Steindl hat in den ersten vier Jahren

Fortsetzung Seite 2

Themen heute

Was ist los mit ZUID?

Seite 5

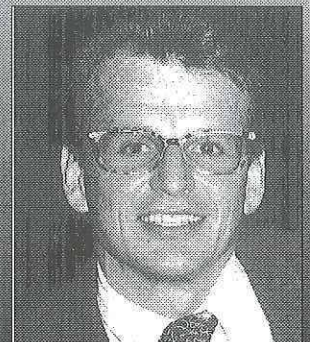
Aus der Fraktion

Seite 4

Im Klartext

Seite 3

Als CSU-Ortsvorsitzender bestätigt



CHRISTOPH UNTERHUBER

Die CSU im Bilde Seite 6



CSU-Stadtrat Rupert Bauer (links) und CSU-Ortsvorsitzender Christoph Unterhuber.

Das erste Haus auf „Steindl-Grund“!

Fortsetzung von Seite 1

ren seiner Amtszeit durchgeführt, was unter Harrer bereits geplant war!

Tabelle 1: Geplante Wohnungen
(Stand 14. 11. 1989)

Ort bzw. Bauträger	Wohneinheiten
Von-Baeyer-Straße	42
Weindl (1. Bauabschnitt)	16
Omnia	17
Della-Croce-Straße	12
Wöhlerstraße	160
Ziererbühl	15
Ulrich-Schmid-Straße	20
Piracher Straße (BPl. 48a)	38
Bachstraße (BPl. 48b)	80
Stiegler - Brehm (BPl. 8a)	65
Summe:	465

Natürlich hat Steindl seinerseits viele Planungen auf den Weg gebracht. Aber diese werden erst jetzt nach und nach realisiert und am Markt wirksam, während die

SPD schon seit geraumer Zeit von Entspannung spricht und sich diese als Erfolg ihrer Politik auf Papier heftet.

Bisher in erster Linie die Privatwirtschaft für Entspannung verantwortlich!

Wer war denn tatsächlich für die Entspannung verantwortlich? Der größte Teil der neugeschaffenen Wohnungen entstand im privaten Bereich. Selbstverständlich hat auch die städtische Seite – vor allem durch die neugegründete BUWOG – ihren Beitrag geleistet. Sie war und ist jedoch nur ein Rädchen im marktwirtschaftlichen Getriebe.

Die Gründung der BUWOG können der Bürgermeister und die Stadträte als ihren Erfolg verbuchen. Die CSU war nie gegen die Gründung der BUWOG, hatte je-

doch die Befürchtung, daß das Projekt an der Bachstraße als Einstieg eine Nummer zu groß sein könnte. Der Hauptzweifel – kann ein geeigneter Geschäftsführer gefunden werden? – wurde durch den jetzigen Geschäftsführer, Herrn Bäumler, voll und ganz ausgeräumt.

Gründung der BUWOG war richtig!

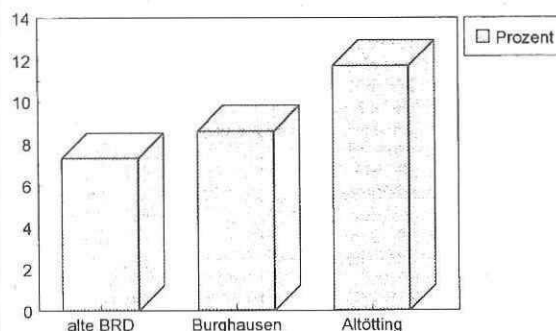
Abschließend eine letzte Frage: Ist die bisherige Wohnungspolitik außergewöhnlich? Ein Vergleich mit den westlichen Bundesländern zeigt: Mit einem Zuwachs an neu fertiggestellten Wohnungen von 8,6 Prozent gegenüber 1989 (vgl. Tabelle 2) liegt Burghausen leicht über dem westlichen Bundesdurchschnitt von 7,3 Prozent.

Aber schon ein Blick in unsere Nachbarstadt Altötting relativiert dieses Ergebnis: Altötting konnte einen Zuwachs von erstaunlichen 11,7 Prozent verbuchen und das auf rein privatwirtschaftlicher Basis!

Burghausener Wohnungspolitik nicht außergewöhnlich!

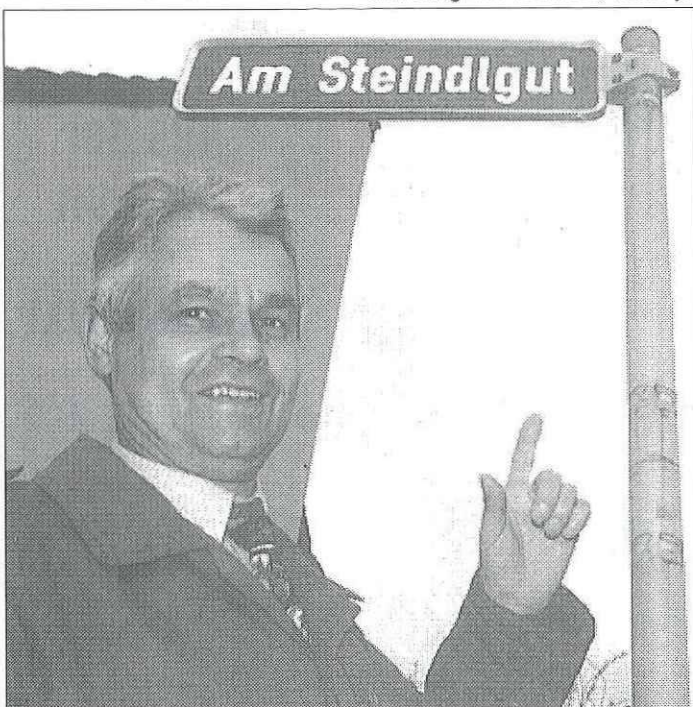
Aber haben Sie schon mal in der Tagespresse einen Sonderbeitrag zur erfolgreichen Wohnungspolitik des Altöttinger Bürgermeisters gelesen? Wir nicht! Selber schuld, wird man sagen. In einem Punkt ist Steindl schon immer seinen Amtskollegen meilenweit voraus: In der mediengerechten Aufbereitung und Darstellung seiner tatsächlichen und vermeintlichen Erfolge!

Tabelle 2: Wohnungszuwachs 1994 zu 1989



	alte BRD	Burghausen	Altötting
Wohnungsbestand 1989	26598269	7872	4914
Zuwachs 1990	256488	68	27
Zuwachs 1991	331178	90	91
Zuwachs 1992	386052	177	165
Zuwachs 1993	455451	174	66
Zuwachs 1994	505198	172	227
Zuwachs 1990 bis 1994 gegenüber 1989	7,3 %	8,6 %	11,7 %

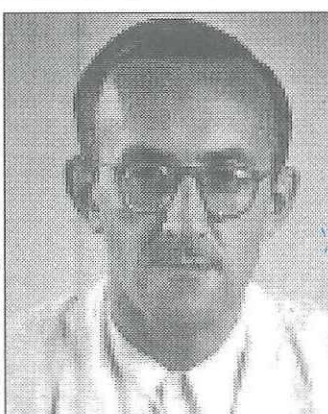
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik



Bernhard Wildenauer: Neuanfang nach dem Krieg in München (VII)

Allmählich waren dann weitere Parteien zugelassen worden und 1946 begann dann eine vorbereitende Versammlung zur Bayerischen Verfassung. Diese Versammlung tagte lange Zeit in der erhalten gebliebenen Aula der Uni, so daß man in vielen Zwischenstunden der Vorlesungen sehr bequem dorthin kam. Außer den schon genannten Personen lernte ich noch eine Reihe entscheidender Politiker in dieser Runde kennen, ihr Temperament, ihre politischen Überzeugungen und ihre Auffassungen über das neue Bayern. Der temperamentvollste war

ohne Zweifel Dr. Thomas Dehler von der FDP, der geradezu explodieren konnte, wenn z.B. Fritz Schaeffer vom Freistaat Bayern und dem föderalistischen Aufbau Deutschlands sprach. Aber er entschuldigte sich auch bald danach wieder. Der eleganteste Mann war jedenfalls ein



Herr Dr. Alois Hundhammer von der CSU. Im Gedächtnis geblieben ist mir auch Herr Schmid von der KPD, der spätere Entnazifizierungsminister und ganz besonders der Vorsitzende der WAV (= Wirtschaftliche Aufbauvereinigung), Herr Loritz. Dem war ich

nach einer seiner Großveranstaltungen auf dem Königsplatz, wo er mächtig als Mann des Volkes auf die Pauke gehauen hatte, nachgegangen, da er verkündigt hatte, er fahre mit der Tram nach Hause. Er stieg tatsächlich dort ein, ich mit ihm, und jovial von der letzten Plattform das begeisterte Volk grüßend, fuhr er mit der Tram bis zur übernächsten Haltestelle. Dort stieg er um in einen großen BMW, der uns im gebührenden Abstand schon „unauffällig“ gefolgt war. „Da schau her, so kann man dem Volk einiges vormachen!“

Im Klartext

Stichwort: Bürgermeister-Schelte

Der Bürgermeister und seine SPD sollten nicht so dünnhäutig auf Kritik reagieren. Es kann nicht Aufgabe eines CSU-Frühscop-pens sein, ihn zu loben. Das tun genügend andere. Und wenn nicht, dann lobt er sich selber!

Stichwort: Gebührenwahn

Zu Recht beklagte sich der Haus- und Grundbesitzerverein über das rasante Ansteigen der Gebühren

Stichwort: U(l)mfaller Ulm

Da hält er im Stadtrat eine flammende Rede gegen die Einführung von Gebühren bei der Grüngutentsorgung. Da begründet er öffentlichkeitswirksam die Unsinnigkeit dieser Gebühren. Und da fällt er bei der zweiten Abstimmung im Stadtrat um, wie eine Bahnschranke: Unglaublich, der Umweltreferent Dr. Ulm stimmte im zweiten Durchgang für die Einführung der Gebühr.

wäre jedoch traurig, wenn sachliche hinter persönlichen Gründen zurückstehen!

Stichwort: Car-sharing

Hochinteressant, was SPD-Fraktionssprecher Stadler alles unter „Car-sharing“ subsumiert. In seinem Zwei-Personen-Haushalt habe man früher auch zwei Autos benutzt, jetzt ginge es auch mit einem. Man müsse sich halt ein bißchen einschränken. Für wahr beispielhaft!

Wäre ein Fritz Harrer früher jemals auf die Idee gekommen, die Tatsache, daß in seinem „Fünf- bis Acht-Personen-Haushalt“ nur ein Auto zur Verfügung stand, als vor-

Für die Stadt Burghausen bedeutet dies: Im Jahr 1995 bleiben mindestens 360.000,- DM, 1996 ungefähr 550.000,- DM (!) in der Stadtkasse! Klare Sache aus Burghäuser Sicht! Doch Bürgermeister Steindl stimmte im Kreistag gegen die Reduzierung. Sein Argument, er wollte eine Senkung erst im nächsten Jahr fordern, sticht nicht. Im nächsten Jahr kann eine Senkung, falls es die Haushaltslage erlaubt, ohne weiteres nochmals durchgeführt werden.

Natürlich waren es parteipolitische Gründe, die ihn gegen eine Senkung stimmen ließen.

Da wird dem kleinen Mann einerseits das Geld aus der Tasche gezogen (siehe Grüngutgebühren!), andererseits nähme man es in Kauf, auf Hunderttausende Mark zu verzichten.

Nur gut, daß der CSU-Antrag im Kreistag gegen die Stimmen der SPD durchgegangen ist!

Stichwort: Müllentsorgung

Ein unüberlegter Schnellschuß ist die Forderung des Bürgermeisters und der SPD-Fraktion, die Müllentsorgung auf die Stadt übertragen zu bekommen. In ganz Bayern obliegt diese Aufgabe den Landratsämtern (Großstädte ausgenommen!), nur das „einzigartige“ Burghausen will sie selber in die Hand nehmen. Zusätzliche Kosten spielen keine Rolle. Notfalls könnten ja wieder die Gebühren erhöht werden.

Nebenbei: Eigentlich ein unglaublicher Affront gegenüber dem Landrat und seiner Verwaltung. Weil die eine Verwaltung es angeblich nicht schafft, eine zufriedenstellende Entsorgung zu sichern, soll eine andere dafür einspringen – und sofort wird alles besser!

Wenn Steindl und Stadler mit dem jetzigen Zustand nicht zufrieden sind, warum nehmen sie nicht als Kreisträte Einfluß, um die Mißstände abzuschießen.

Vielleicht wäre auch ein Gespräch mit ihrem Parteifreund Dönhuber hilfreich!



Bürgermeister Steindl: Erst reibungslos mit Rad...

von 1990 - 1994.

– Abwassergebühr: Ein Anstieg von 1,60 DM auf 2,40 DM/cbm!
– Wasserpreis: Eine Verdoppelung von 0,60 DM auf 1,20 DM/cbm.
– Müllgebühren: Ein Anstieg von 18,40 DM auf 26,40 DM, seit 1994 eigentlich 52,80 DM pro 120 l Tonne, da nur noch 14tägig geleert wird.

Natürlich, die Müllgebühren werden nicht von der Stadt, sondern vom Landkreis erhoben. Aber deshalb wird's für den Hausbesitzer auch nicht billiger.

Völlig unverständlich, warum sich die „reiche“ Stadt Burghausen (gegen die Stimmen der CSU!) jetzt auch noch für die Einführung von Gebühren bei der Grüngutentsorgung entschlossen hat. Nach den Aussagendes Bürgermeisters seien von der Gebühr „eh nur“ ein Fünftel der Haushalte mit 5,- bis 8,- DM betroffen (Wer's glaubt!).

Wenn dem tatsächlich so ist, so wären das lediglich 10.000,- bis 15.000,- DM, welche in das Stadtsäckel fließen würden.

Unter Berücksichtigung des bürokratischen Aufwands – angefangen von der umständlichen Markenausgabe bis hin zur zusätzlichen Kontrolle am Wertstoffhof – kann man nur noch sagen: ein Schildbürgerstreich!

Warum ist er u(l)mgefallen? Ist es die Tatsache, daß der Antrag, nochmals über die Gebühreneinführung abzustimmen, von der CSU-Fraktion kam?

Oder kann der ehemalige „Steigbügelhalter“ von Bürgermeister Steindl diesen immer noch nicht loslassen? Wir wissen es nicht! Es

bildliches umweltpolitisches Verhalten hinzustellen?

Stichwort: Reduzierung der Kreisumlage

Die CSU-Kreistagsfraktion stellte den Antrag: Reduzierung der Kreisumlage für Gemeinden und Städte um 1 Prozent-Punkt.

...dann hoffnungslos mit Solarmobil,
...dann schonungslos mit Fiat Cinquecento,
...jetzt endlich : Ein neuer Dienstwagen,
natürlich „nur aus finanziellen Gründen!“





Eine der weitreichendsten Fehlentscheidungen des Stadtrats in den letzten Monaten war, im „Gewerbegebiet Süd“ von dem bisherigen gemeinsamen Ziel abzuweichen, nämlich dort kein zweites Handelszentrum, sondern ein echtes Gewerbegebiet aufzubauen und die Zentralität der Neustadt nicht zu gefährden.

Um das Gewerbegebiet optimal zu gestalten und zu planen, hat der Stadtrat Zeitverlust und Kosten von ca. 250.000,- DM in Kauf genommen. Im Auslobungstext des Wettbewerbes war als eine wesentliche Vorgabe zu lesen: „...dabei ist besonders darauf zu achten, daß keine Läden oder Dienstleistungsbetriebe errichtet werden, die dem Geschäftszentrum der Stadt Kaufkraft abziehen könnten.“ Im Stadtrat wurde dann nach eingehender Diskussion, gegen den Verwaltungsvorschlag von 700 qm, im Bebauungsplan 400 qm maximale Verkaufsfläche beschlossen.

Kein zweites Geschäftszentrum im Gewerbegebiet Süd

Im Dezember 1994 kommt der erste Bauantrag für das „Gewerbegebiet Süd“, eine Schreinerei mit Möbelgeschäft mit einer Verkaufsfläche von 720 qm. Man begründete die Abweichung noch damit, daß die Fläche auch als Ausstellungsfläche eingeordnet werden könne. Am 28.01.1995 war noch im Bürgerhauser Anzeiger vom 1. Bürgermeister zu lesen: „Ein großer Einkaufsmarkt mit 700 bis 800 qm Verkaufsfläche könnte dort gar

Aus der Fraktion

nicht hin... Wir wollen nicht im Außenbereich Dienstleistungen anbieten und die Innenstadt ausbluten lassen.“

Unmittelbar danach kommt ein Bauantrag für ein Rad- und Sportgeschäft mit 1.800 qm!!! und der Stadtrat stimmt gegen die Stimmen der CSU für diese außerordentliche Ausnahmegenehmigung vom Bebauungsplan.

Überdimensionierte Verkaufsflächen

Wenn man die vorhandenen, die genehmigten und geplanten Verkaufsflächen zusammenzählt, sind schnell 19.000 qm Verkaufsflächen vorhanden. Zum Vergleich: in der Innenstadt gibt es ca. 28.000 qm Verkaufsfläche.

Die Folgen:

- Es entsteht ein riesiges Nebenzentrum mit allen negativen Auswirkungen.

- Mitnahmekäufe in der Innenstadt, wie vielfach angesprochen, kann man vergessen. Die Straßenführung macht es den Käufern viel zu leicht, außen herum zu fahren.

- Es entsteht eine Sogwirkung nach außen, immer mehr Verkaufsflächen werden entstehen (siehe Inn-Center in Neuötting).

- Die Fehler, die andere Gemeinden bereuen, macht die Stadt Burghausen neu!

> Wie sich die Entwicklung abzeichnet, 2 Bauanträge, 2 massive Ausnahmen, sollte das Gewerbegebiet Süd in Handelspark Süd umbenannt werden!

Das Bürgerhaus ist mittlerweile bei Baukosten von 11,2 Mio. DM angelangt. Der 2. Bürgermeister sagte in der Stadtratssitzung vom 12.04.1995, er befürchte, daß dies nicht die letzten Steigerungen sein werden. Wir befürchten das auch! Steindl dazu: „Hier geht es um die Frage der Voll- oder der Teilnutzung des Saales für alle Arten von Veranstaltungen.“ Unzweifelhaft ein Planungsfehler, wenn ein Saal

für über 10 Mio. DM so konzipiert ist, daß er ab 22 Uhr nicht mehr voll nutzbar ist. Oder steckt da Methode dahinter?

Planungsfehler beim Bürgerhaus

Zu dem Planungsfehler gesellt sich nun noch ein Schuldbürgerstreich, wenn bei diesem Kostenvolumen, gegen die Stimmen der CSU-Fraktion, ein direkter Zugang von der Tiefgarage in das Bürgerhaus wegen 250.000,- DM Aufwand abgelehnt wird, mit der Begründung: Die Besucher des Bürgersaales sollen über den Vorplatz auf das Haus zugehen, um die schöne Optik auf sich wirken zu lassen.



Halten die Verbindung zwischen Fraktion und Vorstandschaft aufrecht: Dr. B. Hackl, Rupert Bauer, Thorsten Schmidt und Bernhard Harrer.

Warten wir es ab, wie die Besucher die Optik aufnehmen, wenn sie sich bei Sturm, Regen oder Schnee mit dickem Mantel und Schirm zum Bürgerhaus vorkämpfen. Wieviele dann den „Weitblick“ der SPD/FW-Stadträte verwünschen.

Was das leidige Thema „Gebührensatzung für die Kompostierung von pflanzlichen Abfällen“ betrifft, ist festzuhalten, daß, abgesehen von der Sinnhaftigkeit der Satzung (vgl. „Im Klartext“), der Stadtrat in der Stadtratssitzung vom

15.03.1995 durch den Bürgermeister falsch informiert wurde. Wie sagt Lichtenberg: „Die gefährlichsten Unwahrheiten sind die Wahrheiten, mäßig entstellt.“

Die CSU-Fraktion hat einen Antrag auf erneute Behandlung der Satzung für die Kompostierung von pflanzlichen Abfällen mit der Begründung gestellt, daß die Aussagen des 1. Bürgermeisters in der Stadtratssitzung vom 15. März 1995 falsch waren und für die Entscheidungsfindung von Bedeutung. Der Kulturreferent Ballerstaller sah sich bemüht, für seinen Chef Hans Steindl aufzutreten und den Antrag der CSU herunterzumachen. Er behauptet, der Antrag würde den 1. Bürgermeister als „notorischen Lügner“ hinstellen, was jedoch der Phantasie Ballerstallers entspringt. Man wird den 1. Bürgermeister doch noch zur Rede stellen dürfen, wenn er wissentlich den Stadtrat falsch informiert.

Dem Kulturreferenten Ballerstaller sei ein Zitat von Ludwig Thoma aus Jozef Filsers Briefwechsel auf den Weg mitgegeben:

„In der bolidik mus mahn es machen wie im wierzhaub bald ein freind zuhaud und eine fozen hergiebt siet mahn es nichd aber bald die andern herschlagten siet mahn es schon und ist foher abschei.“

Auf die „traurige Gestalt“ Umweltreferent in dieser Angelegenheit wollen wir besser nicht eingehen.



JU
aktuell

Neue Vorstandschaft bei der JU:

Frank Kokott, Christoph Kaufmann, Daniel Prandl, Peter Lazarus, Stefan Miltschitzky, Michael Gerstdorfer und Martin Schilling (von links)



Das Konzept der IG ZUID:
Vom ehemaligen Forschungsminister für gut befunden,
vom Bürgermeister Steindl leider nicht!

MdB Josef Hollerith, Bundesforschungsminister a. D. Paul Krüger, CSU-Ortsgeschäftsführer Dr. Bernhard Hackl (von links).

Was ist los mit ZUID?

Ein Technologiezentrum für Burghausen? Nach wie vor ist die Idee der CSU vom Winter 1993/94 nicht vom Tisch. Dennoch zaudert man in der Stadt Burghausen mit konkreten Schritten. Derzeit gibt man sich mit der Erstellung eines Gutachtens zufrieden, das zusätzlich zum Verzögern des weiteren Vorgehens für ein Zentrum für Umwelt und industriennahe Dienstleistung (ZUID) nicht unbedingt das Preis-/Leistungsverhältnis erwarten läßt, das eine simple Akquisitionszeit in der Entstehungsphase des ZUID jedenfalls erbracht hätte.

Bürgermeister Steindl spricht nun lieber von einem sogenannten Gründerzentrum, das in Zusammenarbeit mit dem ZAM (Zentrum für angewandte Mikroelektronik) entstehen solle. Ein Förderungsantrag sei bei der Regierung von

Oberbayern gestellt worden. Hierzu sei bemerkt, daß wohl einzig und allein ein Projekt in Töging (Existenzgründerzentrum am Standort der VAW) Chancen hat, die Förderung durch die Regierung von Oberbayern zu erhalten. Burghausens Chancen sind hier gleich Null.

Hier fordern wir die Stadt und den Bürgermeister erneut auf, sich an dem Konzept der IG ZUID verstärkt zu orientieren und dadurch die EU-Förderungsmöglichkeit nach INTER-REG nicht außer acht zu lassen. Die IG ZUID hat bereits im Herbst 1994 einen Antrag auf diesen Förderungsweg eingereicht. Hier ist, wie aus Bonn von MdB Hollerith zu erfahren war, die Chance erheblich besser als für ein weiteres Gründerzentrum nach Definition des Bürgermeisters.

Unterstaller wies den Weg

Was Bürgermeister Steindl heute als sein Werk verkauft, war schon im Dezember 1992 der konkrete Vorschlag von Rainer Unterstaller.

Da er von Anfang an gegen die übersteuerten Ausbauvorstellungen der Jugendherberge auf der Burg war, sucht Rainer Unterstaller nach Alternativen. Sein Vorschlag: Die Stadt müsse sich nach einem anderen Standort für die Jugendherberge umsehen und nannte dabei das Kapuzinerseminar als Möglichkeit. Schon aus Kostengründen müsse man hier aktiv in Verhandlungen und Planungen gehen. „Dieser Standort ist ideal“, so Unterstaller, „wir haben Leben in der Altstadt, ein Gebäude, das sich durch die Bausubstanz und die

vorhandenen Zimmer der Seminaristen geradezu für eine Jugendherberge eignet und einen großzügigen Umgriff für Freizeitgestaltung und Sport.“

Steindl lehnte eine Standortdiskussion grundsätzlich ab. (BA 5.12.92) „Unser Bestreben sollte es sein, die Jugendherberge am jetzigen Standort zu erhalten.“ Für ihn muß die Jugendherberge auf der Burg bleiben.

Stadtratsprotokoll 12/92: Keine Diskussionsmöglichkeit besteht für ihn hinsichtlich der generellen Standortfrage, Burg oder nicht. Es gibt für ihn keinen idealeren Standort als die Burg, zumal die Stadt ein vitales Interesse daran hat, daß diese nicht zum reinen Ausstellungsstück wird.



Stadtrat Rainer Unterstaller, Fraktionsvorsitzender Paul Kokott, Ortsvorsitzender Christoph Unterhuber und Stadtrat Heinz Ehm.

Frauenunion aktiv!



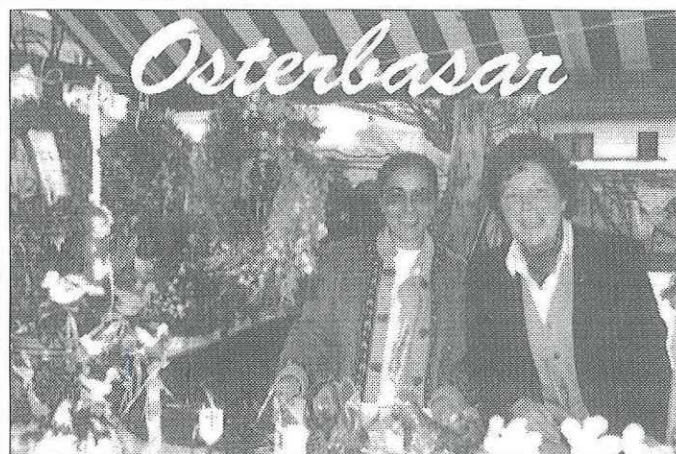
Neu gewählte FU-Vorstandschafft

Vorsitzende: Gudrun Zellbeck (Mitte), Stellvertreterinnen: Renate Lode (links), Elisabeth Komm (rechts).
Schriftführerin: Maria Schemik

Schatzmeisterin: Anny Stadler
Beisitzerinnen: Marianne Braun, Veronika Hoffmann, Elisabeth Parschan, Gertrud Lachner und Johanna Wimmer

Montagsclub der FU

Die Frauenarbeitsgemeinschaft der CSU nimmt sich der Themen an, die besonders für Frauen wichtig und interessant sind. Unsere Arbeit: Eine Mischung aus politischer Bildung, sozialem Engagement und Geselligkeit. Wann treffen wir uns? In der Regel jeden ersten Montag im Monat in unseren „Montagsclubs“. Ort und Termin ist aus der Tagespresse zu erfahren. Schauen Sie einfach mal vorbei.



Gudrun Zellbeck mit der unermüdlichen Frau Braun, einer wichtigen Stütze der FU. Wie auch in den vergangenen Jahren wird der Erlös des Basars für soziale Zwecke verwendet.

Das CSU-Schmankerl

Heute von Elisabeth Komm

Apfelkuchen (Tante Traudl)

Zutaten (Belag)

3/4 l Weißwein (oder 1/2 l Wein und Apfelsaft)

1 P. Vanillezucker,

200 g Zucker

2 P. Vanille-Puddingpulver

1 kg geschälte, gehobelt Apfel

Wein, Vanillezucker, Zucker erhitzen, Puddingpulver anrühren und in die heiße Flüssigkeit geben und unter Rühren aufkochen lassen. Dann Apfel dazugeben.

Zutaten (Boden)

125 g Butter

125 g Zucker

250 g Mehl

1 Ei

1 P. Vanillezucker

1 TL Backpulver

Aus den Zutaten einen Mürbteig herstellen. Mit diesem Mürbteig eine Backform (28 cm) auslegen, auch einen Rand machen. Darauf die Wein-Apfel-Masse geben und im Ofen auf der 2. Schiene (von unten) 90 Minuten bei ca. 175 Grad backen (Heißluft 155 Grad).

Den Kuchen in der Backform er-



kalten lassen.

2 Becher (je 0,2 l) Schlagsahne steifschlagen (mit oder ohne Sahnesteif), auf den Kuchen streichen und Kakao darüberstreichen.



diebrücke

Suchtkrankenhilfe e.V.

Marktler Straße 38

84489 Burghausen

Tel: 0 8 6 7 7 / 6 5 7 7 7

IMPRESSUM:

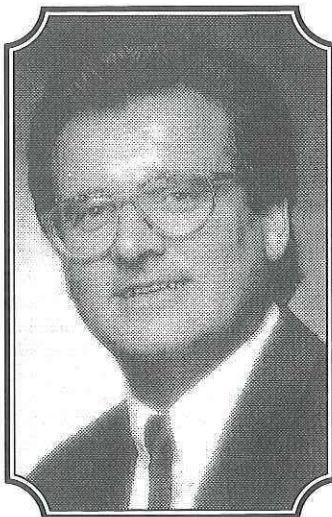
Verantwortlich für den Inhalt:

Christoph Unterhuber

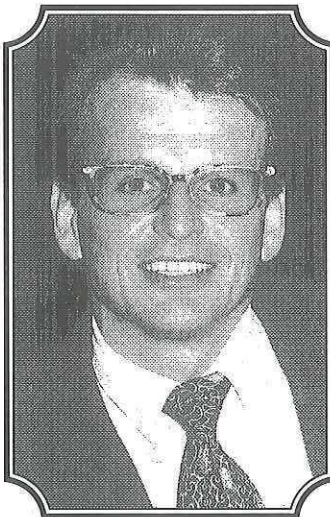
Lindach 33, 84489 Burghausen

Herausgeber:

CSU-Ortsverband Burghausen



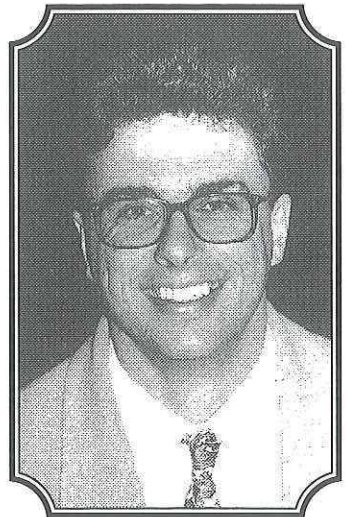
Stehen auch weiterhin an der Spitze des CSU-Teams: Fraktionsvorsitzender Paul Kokott und Ortsvorsitzender Christoph Unterhuber.



Die neugewählte CSU-Vorstandschaft:

Ortsvorsitzender Christoph Unterhuber; Stellvertreter: Gudrun Zellbeck, Thorsten Schmidt, Eberhard Kößler; Schriftführer: Oswald Schnappinger; Kassier: Eberhard Kößler; Beisitzer: Bernhard Harrer, Rupert Bauer, Rainer Unterstaller, Markus Braun, Dr. Iwo Schaffelhofer, Grett Schiedermaier, Peter Lazarus, Ludwig Steinberger, Peter Kremer; Ortsvorsitzender der JU: Michael Gerstsdorfer; Fraktionsvorsitzender: Paul Kokott; Geschäftsführer: Dr. Bernhard Hackl.

Das CSU-TEAM im Bilde



Der neue CSU-Geschäftsführer: Dr. Bernhard Hackl.

Mit Dr. Hackl steht OV Christoph Unterhuber erstmals ein Geschäftsführer beratend und unterstützend zur Seite. Als Chemiker bei der Wacker-Chemie will er dafür sorgen, daß die Belange der Chemie in der Arbeit des Ortsverbandes ihren Niederschlag finden.



Dr. Hubert Starflinger, Oswald Schnappinger und Rainer Unterstaller



Dieter Kühn und Ludwig Steinberger



Grett Schiedermaier und Bernhard Harrer